

Demokratisierung von Erinnerungskultur

Der Septemberstreik 1969 bei Hoesch

Peter Birke

Die Septemberstreiks des Jahres 1969 waren Ausdruck betrieblicher Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, aber auch Resultat einer Zentralisierung der Tarifpolitik: Ihre Forderungen nach einer linearen Lohnerhöhung für alle, unabhängig von der laufenden Friedenspflicht, widersprachen einer gewerkschaftlichen Politik, die auf Mitgestaltung der Wirtschaftspolitik setzte. Der Konflikt verschärfte sich in einer Situation, in der sich angesichts der Wirtschaftspolitik der Großen Koalition seit der Rezession von 1966/67 eine Art geplanter Kapitalismus in der Bundesrepublik endlich durchzusetzen schien. Dass in der vergleichsweise kleinen Rezession nicht nur die Verschiebung zentral vereinbarter Arbeitszeitverkürzungen zwischen den Arbeitsmarktparteien der Metallindustrie vereinbart worden war, sondern auch eine zurückhaltende, defensive Lohnpolitik, war einer der Auslöser der Streikwelle. Der neuerliche Boom der Monate und Jahre nach dem Mai 1968 zeigte die Asymmetrien einer solchen Politik: Diese war nicht in der Lage, zumal in der seit einigen Jahren bereits kriselnden Montanindustrie, für eine als angemessen empfundene Umverteilung der schnell expandierenden Unternehmensgewinne zu sorgen.

Ein Streik in den drei Werken der Hoesch AG in Dortmund gab in den ersten Septembertagen des Jahres 1969 das Stichwort; danach verbreiteten sich die wilden Streiks zuerst in der Stahlindustrie, dann im Bergbau, später kamen noch einige Betriebe aus anderen Sektoren hinzu (vgl. auch für das Folgende: Birke 2007, S. 218–247). Insgesamt legten bis zu 200.000 Menschen die Arbeit nieder. Der Schock, den die »Lohnpolitik auf eigene Faust«, wie *Der Spiegel* Anfang September 1973 titelte, bei den Tarifparteien auslöste, führte dazu, dass fast acht Millionen Beschäftigten schnell Lohnerhöhungen zugestanden wurden. Dabei gehörten jene, die den ersten Schritt gemacht hatten, zu den Kernen der »alten« Arbeiter*innenklasse. Und doch fand bis 1973 eine Verallgemeinerung und Diffusion wilder Streiks statt, an denen sonst als marginal bezeichnete, für Ge-

werkschaftsaktionen der damaligen Zeit »untypische« Gruppen sich beteiligten: Frauen in Leichtlohngruppen der Industrie, Migrant*innen, Auszubildende.

Die wilden Streiks der 1969er Jahre waren eine schwach institutionalisierte (»illegale«) Form, die eine andere Art der Kooperation zwischen Arbeitenden erforderte als die eingeübten Tarifrunden, eine Kooperation, die insofern stets die Einheit in der Aktion und die Hierarchien der Beschäftigten im Arbeitsalltag in ein Spannungsverhältnis brachte. Im Folgenden diskutiere ich am Beispiel der Streiks bei der Hoesch AG die Frage, wie diese Gemengelage zwischen »Einheit« und »Spaltung« in der gewerkschaftsnahen Erinnerungskultur verarbeitet wird: An welche Arbeiter*innenklasse erinnern wir uns, wenn wir über die wilden Streiks von 1969 sprechen? Ich folge hier der Definition des Begriffs bei Schneider (in diesem Band), einschließlich der Notwendigkeit einer Reflexion und Transparenzmachung der normativen Dimension einer »demokratischen Erinnerungskultur«.

»Das Brot ist für alle gleich teurer geworden«

Wilde Streiks sind eines der vielen »moving targets« der Geschichte – ein uneinheitliches, schwer zu greifendes Phänomen. Man kann sie sich, in Anschluss an Berger und Seiffert (2014, S. 11–36), als wandelbar, kontingent und relational vorstellen: als eine Aneinanderkettung historisch-spezifischer Ereignisse, die nicht wie ein Denkmal fest in der kollektiven Erinnerung eingemauert sind, sondern Erinnerungsarbeit herausfordern. Es sind Ereignisse, die ihren Sinngehalt erst verraten, wenn man Verläufe, Wendepunkte und Resultate rekonstruiert und kontextualisiert. Und es sind Ereignisse, die in Vergessenheit geraten und deren Akteur*innen verschwunden zu sein scheinen, namentlich einerseits als Gruppe (hier: Industriearbeiter*innen) und andererseits in Person (als historisch handelnde Personen und Persönlichkeiten). Während ihr Erinnern daher immer wieder *erneut* ist, ist es zugleich auch mehr als erneut, insofern es eingebunden ist in Debatten, die sich zugleich mit der aktuellen Situation der Arbeiter*innenklasse befassen. Erinnerung ist hier eine ganz praktische, gegenwartsbezogene, soziologisch zu bearbeitende Angelegenheit.

Betrachtet man die Streiks der späten 1960er und frühen 1970er Jahre, lässt sich das beispielsweise an der Lohnfrage zeigen. Zwar kann man nicht sagen, dass sich die Septemberstreiks eindimensional auf diese Frage bezogen. Aber zumindest der Anfang bei Hoesch und die Folgeaktionen in anderen Stahlwerken stellten die Lohnfrage – anders als später im Bergbau – klar in den Mittelpunkt. Die im September geforderten »linearen« Lohnerhöhungen, die die Hierarchie

unter den Arbeitenden nivellieren sollten, haben aus meiner Sicht drei politisch-symbolische Dimensionen.

Erstens folgte die Festgeldforderung einer Tradition, die sich seit den 1950ern in tausenden wilden Streiks zeigte. Die sittliche Vorstellung, die sie begleitete, hat ein Streikender 1969 so zusammengefasst: »Das Brot ist für alle gleich teurer geworden« (Schmidt 1971, S. 124). Er betonte dabei den praktischen, gebrauchswertorientierten Charakter der Entlohnung – mit einer Formulierung, die sich wie ein Echo jener »moralischen Ökonomie« der viel älteren Zeitzeug*innen liest, die sich in E.P. Thompsons (1971) klassischem Text versammelt haben. Aktualisiert wurde dieses Moment in der Endphase der fordistisch-tayloristisch geprägten Nachkriegsära durch die politische Spitze gegen den »wage restraint«, eine der heute oft vergessenen Voraussetzungen und Spielregeln des Keynesianismus. Die moralische Ökonomie der Festgeldforderung und die ihr folgende »eigensinnige« Lohnpolitik enthielt eine gegen die Verwissenschaftlichung und Verstaatlichung von Gerechtigkeitsnormen gerichtete Wendung.

Die mehr oder weniger ausdrückliche Ablehnung einer Vorstellung von Leistungsgerechtigkeit, die sich an der zugeschriebenen individuellen Produktivität misst, hat zweitens einen pragmatischen Aspekt. Die Festgeldforderung »gehörte« keiner bestimmten Gruppe, Abteilung, Generation usw. Angesichts der faktischen Illegalität der wilden Streiks war wichtig, dass das Aktionsziel Vertrauen schaffte: Alle mussten mitziehen, damit Einzelne nicht belangt werden konnten. Einheit in der Aktion hatte jedoch Egalität in den Forderungen zum Ausgangspunkt. Die Übernahme der Festgeldforderung durch unterschiedliche Gruppen (Pierburg, Ford, August 1973) war insofern nur konsequent: Wenn das Brot doch für alle teurer geworden war – warum sollte es dann »Leichtlohngruppen« geben, warum eine »Y-Halle«, in der die Arbeiter*innen ohne deutschen Pass für viel weniger Geld gleich viel (oder mehr) schufteten?

Drittens ist das Problem der Lohndifferenzen heute, in einer Zeit des immer stärkeren Auseinanderklaffens und sogar einer Polarisierung von Einkommen, brennend aktuell. Gerade dies legt aber die Frage nahe, wie das egalitäre Moment jener Kämpfe in der Erinnerungsarbeit der Gegenwart repräsentiert wird.

Der Septemberstreik als »moving target«

Eine demokratische Erinnerungskultur kennt zivilgesellschaftliche Akteure und Institutionen aller Art – es ist aber unbestritten, dass Museen hier eine hervorgehobene Rolle spielen. Das Museum der Hoesch-Werke befindet sich nahe der

ehemaligen Zentrale des Konzerns in der Eberhardstraße in Dortmund. Es wurde 2005 eröffnet und beschreibt die eigene Konzeption wie folgt:

»Das Hoesch-Museum möchte die Erinnerung an eineinhalb Jahrhunderte Stahlindustrie in Dortmund erhalten, den Strukturwandel im lebendigen Dialog begleiten und nicht zuletzt dokumentieren, wie hoch der Stellenwert dieser High-Tech-Branche nach wie vor ist« (Dortmund 2021).

Selbstverständlich spielen die Arbeitsbedingungen dabei auch eine Rolle; Besucher*innen können aktuell sogar in ein technik-fasziniertes »3-D-Stahlwerk« eintauchen. Dabei werden die »Hoeschianer« überwiegend als Menschen vorgestellt, die unabhängig von ihrer konkreten Stellung im Produktionsprozess eine »einheitliche Identität« entwickelt hätten.

Angesichts dieses harmonisierenden Bildes überrascht es etwas, dass Arbeitskämpfe gleichwohl zum Inventar des Museums zu gehören scheinen. Sinnbildlich kann dafür die Art und Weise stehen, wie das Thema in den veröffentlichten Jahrbüchern des Hoesch-Museums aufgegriffen wird. So taucht in fast allen Jahresrückblicken des Museums das »Streikfeuer« und die »Streiktonne« auf, ein Begriff, dessen Bedeutung aber zumindest dort nicht weiter erklärt wird. Von außen erschließt sich diese Merkwürdigkeit kaum; es kann mithin sein, dass die Bedeutung von »Streiktonne«, die einem, sagen wir mal, Göttinger Museumsbesucher wohl erklärt werden müsse, in Dortmund so selbstverständlich ist, dass alle weiteren Hinweise auf Bedeutungen überflüssig sind. Aber meines Erachtens ist wahrscheinlicher, dass es sich um eine Art begriffliche Versteinerung handelt, wie ein Wort, das sozusagen in der Luft stehen geblieben ist und sich dort seit langer Zeit nicht mehr bewegt. Und bei dem man sich darauf verlassen kann, dass es niemals auf einen aktuellen Bedeutungsgehalt hin überprüft wird. Entsprechend würden wohl auch die wenigsten Besucher*innen des Museums das »Streikfeuer« vor Hoesch beispielsweise mit einer brennenden Feuertonne vor der Firma Neupack in Hamburg aus dem monatelangen Streik von 2012/13 assoziieren.

Wie dem auch sei: Den einigen Jahresrückblicken beigelegten Abbildungen ist jedenfalls zu entnehmen, dass es sich konkret schlicht um eine kohlen- oder holzbeheizte Feuertonne handelt, die wohl am Ausstellungsort (vor dem Tor 1 der Westfalenhütte, am Sitz der Hauptverwaltung) während Arbeitskämpfen regelmäßig in Erscheinung getreten ist. Diese Tradition fortsetzend, wird die Tonne bei besonderen Events des Museums regelmäßig angezündet, beispielsweise 2011/12 bei der Veranstaltung ExtraSchicht, bei der es laut Jahresbericht »Hüttenschmankerln am Streikfeuer« zu genießen gab (Hoesch-Museum 2013).

Eine bemerkenswerte Ausnahme ist das Jahr 2014, in dem auf eine Veranstaltung zum 45-jährigen Jubiläum der Septemberstreiks hingewiesen wird (Hoesch-

Museum 2015, auch im Folgenden). Diese sei von ehemaligen Betriebsräten organisiert und von knapp 100 Menschen, »darunter überwiegend frühere Mitarbeiter der Westfalenhütte«, besucht worden. Karl Lauschke, Historiker und ausgewiesener Experte für Arbeit in der Stahlindustrie, berichtete auf dieser Veranstaltung, die im vorliegenden Text auch als erstes, gutes Beispiel gewerkschaftlicher Erinnerungsarbeit gelten kann, über die Ursachen der Septemberstreiks in der Geschichte der Bundesrepublik:

»Tarifvertragslaufzeiten mit geringen Lohnzuwächsen bei boomender Stahlkonjunktur mit zahllosen Überstunden; ferner schwer erträgliche Arbeitsbedingungen durch die Hitze des Sommers 1969, geringere Verdienste in der Westfalenhütte im Vergleich zu anderen Betrieben«.

Während hieran deutlich wird, dass es auch im Fordismus bei vielen Tätigkeiten auf der Hütte um gesundheitlich schwerst belastende ging, wurde der Streik zugleich als »bis dahin einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik« bezeichnet. Durch die Betonung seiner Besonderheit (im Erklärungsmuster des Zusammentreffens der Faktoren Hochkonjunktur, Tarifpolitik, Wetter usw.) wird er aus der Kontinuität der Geschichte der 1960er und 1970er herausgelöst, was zugleich eine Bezugnahme auf strukturelle Faktoren wie auf aktuelle, gegenwärtige soziale Konflikte erschwert (ähnlich Kittner 2005).

Risse im Putz

Unsere gewerkschaftliche Erinnerungskultur ist in der Tat genau an der Stelle herausgefordert, an der es um die Frage geht, ob der Streik, der Anfang September 1969 auf der Westfalenhütte begann, tatsächlich »einmalig« und/oder Ausdruck eines besonderen »Hoeschianertums« war. Meine Gegenthese lautet, dass in der Hoesch-Aktion tradierte und lange etablierte betriebliche Hierarchien zwischen Arbeiter*innengruppen reproduziert, aber insofern auch sichtbar gemacht und somit angreifbar wurden. Das demokratische Potenzial einer mit solcher Freilegung verbundenen Erinnerungspolitik bestünde somit nicht in erster Linie in der Erinnerung an das Gemeinsame, sondern im Gegenteil in der Beobachtung, dass die Bedeutung von Egalität in der Aktion quasi performativ ausgehandelt wurde, z. B. auf der Grundlage jener erwähnten Kritik an Lohnhöhe, Verteilung und Lohnhierarchien. Ich zeige das im Folgenden anhand des Auftritts der Streikenden angesichts der Besetzung des Platzes vor der Hauptverwaltung der Hoesch AG in der Dortmunder Eberhardstraße am 2. September 1969.

Was zunächst die Identität als »Hoeschianer« betrifft, so gehört zur längeren Vorgeschichte des Streiks, dass das Unternehmen, damals zweitgrößter Stahlproduzent nach Thyssen, ein Vorzeigebetrieb der Sozialpartnerschaft und der bundesdeutschen Unternehmensmitbestimmung war (Birke 2007, S. 220–224, auch im Folgenden). Wie das in dieser Hinsicht unverdächtige Institut für Marxistische Studien und Forschungen damals feststellte, hatte Hoesch »überall an der Ruhr den Ruf, der soziale Betrieb zu sein« (IMSF 1969, S. 55). Betriebseigener Wohnungsbau, zusätzliche Versicherungsleistungen, sogar ein werkseigenes Krankenhaus, ein Gewerkschafter als Arbeitsdirektor, lange Zeit auch im Vergleich zu anderen Stahlbetrieben in der Region relativ hohe Löhne – das alles trug dazu bei, dass es vor allem für qualifizierte männliche Arbeiter attraktiv war, »Hoeschianer« zu sein, also zu den Beschäftigten des Unternehmens zu gehören. Die Belegschaft war Ende der 1960er Jahre zu fast 100 Prozent in der IG Metall organisiert, die Mitgliedschaft war praktisch Einstellungsvoraussetzung. Und auch der Anteil von SPD-Mitgliedern war höher als in fast jedem anderen bundesdeutschen Industriebetrieb.

Was sich im Streik von 1969 artikulierte, war allerdings nicht diese Idylle als solche, sondern eher die Tatsache, dass sich zunehmend Risse im Putz zeigten. Denn einerseits hatte sich in der Hochkonjunktur überall, auch bei Hoesch, jene »zweite« Ebene der Aushandlung von Löhnen und Arbeitsbedingungen entwickelt, durch die hindurch, nicht selten mit kleinen Arbeitsniederlegungen verbunden, lokal höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ausgehandelt wurden. In einigen Facharbeitergruppen lagen in der ersten Hälfte der 1960er Jahre die Löhne weit über dem Tariflohn. Und das betraf eben vor allem die Stahlindustrie und das Ruhrgebiet, wo Gruppen mit einer großen Primärmacht nach einer Untersuchung aus dem Jahr 1964 in Bezug auf die »Zuschläge« im Vergleich am besten abschnitten und wo zugleich Zahl und Anteil von wilden Streiks weit über dem Bundesdurchschnitt lagen (Birke 2007, S. 162).

Aber andererseits war der Lohn auch von Seiten des Unternehmens Hoesch selbst umkämpft. Im Rahmen von Rationalisierungs- und Umstellungsprozessen hatte man bereits in der ersten Hälfte des Jahrzehnts begonnen, stärker individualisierte Löhne einzuführen und die Macht der Arbeitsgruppen in der Definition des Verhältnisses von Lohn und Leistung zu brechen (Surkemper 1981, S. 302, 306; zu Hoesch in den 1960ern vgl. ausführlich Lauschke 1999). Und schließlich begann in der Krise der Jahre 1966/67 in der Stahlindustrie der Deal, dass für schwere Arbeit hohe Löhne gezahlt wurden, stark zu erodieren. Die Unternehmen nutzten die Krise, um die Arbeitsbedingungen auf das tariflich definierte Maß zu stützen. Diese Strategie hatte eine zeitlich etwas verstreute, aber durchaus bemerkenswerte erste Welle von Arbeitskämpfen zur Folge, die

als eine der Vorgeschichten des auch insofern keineswegs einmaligen Septembers gelten kann (Birke 2007, S. 171).

Dass im Spätsommer 1969 die Krise zunächst vorbei war, dass die Inflation die tariflichen Lohnerhöhungen fraß und die Profite in die Höhe schnellten, dass 24-Stunden-Schichten bei glühender Sommerhitze gefordert wurden, keine Neueinstellungen nach Ende der Krise vorgenommen wurden, dass es vermehrt zu Arbeitsunfällen kam: Das alles wurde bereits erwähnt. Der Griff in die Streikkiste war dennoch vor allem ein Rückbezug auf eine eingespielte Form, Forderungen der Belegschaft unter der Schwelle des öffentlichen Protests Ausdruck zu verleihen. Dass der Streik diffundierte und kurz vor der Bundestagswahl wochenlang die Hauptschlagzeilen der bundesdeutschen Medienlandschaft beherrschte, war für alle Beteiligten nicht wegen der »Einmaligkeit« des Ereignisses überraschend, sondern wegen der plötzlichen öffentlichen Wahrnehmung einer Routine.

Zu dieser eingeübten Form gehörte, dass es zunächst einen »verschwiegenen« Konsens bei einem Teil der Vertrauensleute der Westfalahütte gab sowie bei Kollegen, die an Schlüsselpositionen beschäftigt waren (Surkemper 1981, S. 371 ff.). Dazu gehörten beispielsweise Betriebshandwerker und Menschen, die während der Arbeit ein Telefon zur Verfügung hatten. Auf ein vereinbartes Signal hin bildete sich dann eine »Prozession« durch die Werkshallen, während der die Forderung (hier zunächst 20 Pfennig mehr pro Stunde) quasi »im Laufen« formuliert wurde sowie als zögerlich bekannte Abteilungen »mitgenommen« wurden, mit dem Ziel der Hauptverwaltung an Tor 1 des Werks in der Eberhardstraße.

Die logistische Meisterleistung, eine Massendemonstration durch das Werk zu veranstalten, deren Ursprung nicht personalisiert werden konnte, profitierte bei Hoesch von vorhandenen Erfahrungen. Sie war in der Hütte, aber auch in vielen anderen bundesdeutschen Unternehmen mit ähnlichen Bedingungen, hunderte Male »getestet« worden. An der Hauptverwaltung begannen dann allerdings die Dinge in Bewegung zu kommen. Unter anderem erhöhten die Arbeiter*innen ihre Forderung von 20 auf 30 Pfennig pro Stunde. Damit komme ich zum zweiten Aspekt der Aktion: zu ihrer »unberechenbaren«, spontanen – und es sei auch konzediert »einmaligen« – Seite.

Auftritt an der Eberhardstraße

Es lässt sich nicht ganz einfach herausfinden, was am Morgen des 2. September 1969 tatsächlich vor der Hauptverwaltung der Hoesch AG geschah. Sehen wir uns zunächst die Version eines der wichtigsten Chronisten des Streiks an:

»Neun Uhr morgens. 3.000 Arbeiter der Hoesch-Westfalenhütte verlassen gemeinsam ihre Arbeitsplätze und ziehen vor das Verwaltungsgebäude. [...] Die demonstrierenden Arbeiter besetzen Treppen und Flure des Hauptgebäudes. Der Aufsichtsratsvorsitzende, Dr. Willy Ochel, und der Vorstandsvorsitzende, Dr. Friedrich Harders, können das Gebäude nicht mehr durch den Vorderausgang verlassen. Betriebsrat, Arbeitsdirektor und Vorstand verhandeln. Draußen wechseln die Sprechchöre: ›Ausbeuter‹ und ›Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will.‹ Mittags sprechen Hoesch-Arbeitsdirektor Walter Hölkeskamp und der Betriebsratsvorsitzende Albert Pfeiffer von einer Empore des Hauptgebäudes zu den Streikenden. [...] Die Direktion bietet nun 20 Pfennig an; vergeblich, die Arbeiter bleiben hart. Der Betriebsrat zieht sich zur Beratung zurück. Nach langen Diskussionen stellt er sich schließlich hinter die 30-Pfennig-Forderung der Arbeiter und will diesen Beschluß dem Vorstand mitteilen. Dieser hat das Gebäude freilich inzwischen durch einen Hinterausgang verlassen. Eine Entscheidung ist an diesem Nachmittag nicht mehr zu erreichen. Die Arbeiter, verstärkt durch die Mittagschicht, weichen nicht. Ein Lautsprecherwagen wird zum Diskussionszentrum. Als ein Student antigewerkschaftliche Parolen verbreitet, wird ihm das Mikrophon entzogen. Die Arbeiter sind der Meinung: wir sind die Gewerkschaft. Die Westfalenhütte ist zu fast 100 Prozent in der IG Metall organisiert. [...] In den Abendstunden dehnt sich der Streik auch auf andere Betriebsteile der Hoesch-AG aus« (Schmidt 1971, S. 225).

Einige Auslassungen dieser Chronik sind bemerkenswert: Erstens, wir erfahren nichts über das konkrete Organisieren vor dem Streik, was für die spätere Interpretation, dass er wie aus dem Blauen entstanden sei, vielleicht nicht unbedeutend ist. Zweitens scheint dem Autor wichtig zu sein, zu betonen, dass diszipliniert gestreikt wurde, vor allem in der Passage, in der der Student zurückgewiesen und der Organisationsgrad betont wird.

Eine spätere, bereits auf der Grundlage von Zeitzeugeninterviews rekonstruierte Erzählung weicht stark von jener Schmidts (und des IMSF) ab. Surkemper (1981) berichtet, dass zunächst der Arbeitsdirektor »nach wenigen Stunden« die Annahme der ursprünglich von den Arbeitern formulierten Forderung nach 20 Pfennig mehr Lohn verkündet habe. Dies habe sich aber als Finte erwiesen, da die Firmenleitung lediglich bereit gewesen sei, einem Vorschuss auf mögliche Tarifierhöhungen zuzustimmen. Erst daraufhin wurde die Forderung auf 30 Pfennig erhöht. Ein Werksstudent schlug vor, das Verwaltungsgebäude zu besetzen:

»Kurze Zeit später dringen die Streikenden in das Verwaltungsgebäude ein. Einige Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses des Betriebsrats stellen sich ihnen vergeblich in den Weg. Über Megaphon werden anfeuernde Worte gesprochen. Immer wieder bilden sich Sprechchöre, in denen die Arbeiter ihre Forderungen unterstreichen. Dabei nehmen sie ihre Schutzhelme und schlagen damit im Takt der Sprechchöre auf den Boden und an das Treppengeländer« (Surkemper 1981, S. 51).

Um die Situation unter Kontrolle zu bekommen und die Streikenden zur »Ruhe und Disziplin« aufzufordern, habe dann der Betriebsrat beim Werkschutz einen Lautsprecherwagen bestellt. Als der Wagen kam, wurde er von den Streikenden zweckentfremdet. Die Streikenden installierten ein »offenes Mikrophon«, das fortan, während des Wartens auf die Antwort der Geschäftsleitung, dem Austausch über alle möglichen Angelegenheiten des betrieblichen Alltags diene.

Zwei Erzählungen über die wenigen Stunden, in denen der Septemberstreik begann, die bei näherem Hinsehen unterschiedlicher nicht sein könnten: Die Geschäftsleitung, die bei Schmidt im Grunde die Beschäftigten austrickst, ist bei Surkemper wie auf der Flucht (die Demonstrationen, die danach in der Stadt von den Arbeitern organisiert werden, versuchen diesen Schritt quasi durch die Erweiterung des Terrains einzuholen, ebenso wie ein in der zeitgenössischen Presse notorisch als kriminell verhandelter »Besuch« von Streikenden vor der Villa des Direktors Harder). In Schmidts Erzählung wird der Student ausgebuht, bei Surkemper bringt er erst richtig Schwung in die Sache. Die dann stattgefunden Besetzung der Hauptverwaltung, in der zweiten Geschichte von nicht ganz unwichtiger Bedeutung, findet in der ersten Geschichte überhaupt nicht statt. Beide Geschichten sind sicherlich dadurch geprägt, dass sie auf unterschiedlicher Quellenbasis geschrieben wurden. Dies mag die Perspektive etwas beeinträchtigt haben, aber beide Erzählungen prägt auch klar eine je unterschiedliche Haltung zu den Ereignissen: Die erste Geschichte ist die einer disziplinierten, einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse, die zweite schildert eine offene und durchaus als chaotisch zu bezeichnende Situation.

Wie war es nun wirklich? 2016 lässt ein für das ZDF produzierter Dokumentarfilm einige der Beteiligten (noch einmal) zu Wort kommen (Bönnen 2016). Peter Keuthen, damals Betriebsschlosser in der Westfalenhütte und auch einer der wichtigsten Zeitzeugen der oben erwähnten Museumsveranstaltung, erzählt dort:

Keuthen: »Und dann sprach sich das nach und nach rum. Und die Kranführer gingen vom Kran, sodass der Betrieb nicht weitergehen konnte. [...] Und schließlich versammelten sich so 5.000 Leute, die gesamte Frühschicht, da vorne«. Sprecher: »Die Geschäftsleitung bot 15–20 Pfennig an, die aber auf die nächste Tarifrunde angerechnet werden sollten«. Keuthen: »Och, pff. Wir schreiben da jetzt mal 30 Pfennig drauf. So spontan, sag ich mal, da war nicht irgendwie 'ne große Strategie hinter. Wir machen jetzt einfach mal 30 Pfennig«. [...] Keuthen: »Und dann fuhr plötzlich die Werksfeuerwehr mit 'nem Lautsprecherwagen vor. Und die Jungs natürlich, so, super, Luft aus 'm Reifen, konnte die nicht weiterfahren, hatten wir plötzlich 'n Megaphon. Und am Anfang ging das ganz basisdemokratisch zu: Konnte jeder was sagen«.

Werner Nass, damals Schmelzschweißer, ergänzt:

Sprecher: »Der Betriebsratsvorsitzende spricht. Die Arbeiter wollen wissen, was jetzt passiert. Und zufällig ist auch ein revolteerfahrener Student im Betrieb«. Nass: »Da war auch ein junger Mann dabei. Student, Werksstudent, vielleicht auch gerade von der Uni gekommen, der in der Lage war, das Mikro an sich zu nehmen und fast ein Einpeitscher zu sein«.

Wieder Keuthen:

»Das war ein 68er aus Berlin. Und der hat dann das Mikrofon übernommen. Weil, ich sag mal, ist ja auch gar nicht einfach, die Truppe über ein, zwei Tage bei der Stange zu halten. Der konnte das«. Sprecher: »Die Truppe richtet sich vor der Hauptverwaltung ein, bis die Forderungen erfüllt sind. Ganz nebenbei wird den Lehrlingen klargemacht, dass Lehrjahre auch im Streik keine Herrenjahre sind«. Keuthen: »Es war Sommer, es war warm, die Stahlarbeiter haben meist immer Durst. Und da war so eine Selterswasserbude gleich um die Ecke. Der Junge hat das Geschäft seines Lebens gemacht, aber nicht mit Selterswasser«.

Und Lothar Stankus, damals Auszubildender, ergänzt:

»Plötzlich ging die Tür zur Lehrwerkstatt auf und da kamen Kerle wie Bären rein. Und dann: Kommt mit! Kommt mit! Kommt mit! Wir wußten eigentlich nicht so, worum es geht. [Und dann, vor dem Haupttor]: Da haben die [Älteren] uns am Kragen gepackt und gesagt: Du räumst das jetzt hier auf. Und wenn ich hinterher noch 'ne Flasche finde, dann setzt's was. Das Pfandgeld kannst du behalten. So war das«.

Wie es »wirklich war«, erfährt man selbstverständlich auch durch die neusten Zeitzeugenberichte nicht. Jedoch bestätigen diese Zeitzeugen die Einschätzung, dass die generationelle Zusammensetzung der Streikenden ebenso wie ihr männlich konnotierter Habitus eine wichtige strukturierende Rolle für die spontan entstehenden Dynamiken im Streik gespielt haben. Dabei äußert insbesondere Keuthen die Einschätzung, dass Studierende als willkommene Stimmungsmacher im Streik angenommen wurden – allerdings nicht im Rahmen jener (fast) Woodstock-Atmosphäre, die bei Surkemper gezeichnet wird und die ich in meiner eigenen Aufarbeitung der Quellen 2007 übernommen habe. Vielmehr ist jener »Student« vor allem willkommen, weil er die »Truppe zusammenhalten kann«, also die Versammlung strukturieren. Die »Basisdemokratie« der Situation am Lautsprecherwagen scheint tatsächlich im Grunde »unorganisiert« gewesen zu sein. Sie schaffte eine Lücke, in die der Betriebsrat (erfolglos) und andere Akteure (teils wohl erfolgreich) »hineinspringen« konnten, insofern sie der Wut der Anwesenden über die als schlecht wahrgenommenen Entlohnungsbedingungen in plastischer Weise Ausdruck verliehen.

Es war also keinesfalls das »große Bündnis« zwischen Arbeitenden und linken Studierenden, aber auch nicht einfach der Ausdruck eines enormen sozialen und politischen Abstands – eher eine offene Situation, in der sich Kooperationsmöglichkeiten abzeichneten, die sich später ergaben, als die bis dahin strikt auf den Betriebsgeländen verbleibende Geschichte der wilden Streiks in unterschiedliche städtische Teil-Öffentlichkeiten gelangte.

Darüber hinaus bedeutete dieser Moment der Offenheit in der Kommunikation vor Tor 1 keineswegs, dass plötzlich ein egalitäres Selbstverständnis in der Belegschaft aufkam. Eine Ursache mag sein, dass die betriebliche Produktionsmacht bestimmter Gruppen, deren hierarchische Struktur Ausgangspunkt des Streiks war, vor dem Tor trotz der egalitären Sprechsituation des »offenen Mikrophons« nicht einfach aufgehoben war – so ist das Vermögen zu sprechen nicht einfach durch das Vorhandensein der Möglichkeit gegeben, sondern vielmehr vorgeprägt (Birke 2010). Besonders deutlich wird das an der zweiten Dimension des generationellen Konflikts, der sich vor Tor 1 Ausdruck verschaffte: Die Arbeiter, die darauf achten, dass alles sauber bleibt und die Lehrlinge unter Drohungen anhalten, die leeren Flaschen wegzuräumen. Die Lehrlingsbewegung hat diese Konstellation später angegriffen, mit eigenen Forderungen und nicht zuletzt der Forderung, nicht für jene berücktigten Hausmeister- und Kehrdienste eingesetzt zu werden.

Oder, mit anderen Worten: Die Egalität, die sich in der Lohnforderung ausdrückte, war bei näherem Hinsehen selbst umkämpft. Die Forderung mag tatsächlich tief in traditionellen Gerechtigkeitsvorstellungen verankert gewesen sein, aber wie genau diese zu interpretieren sind, war eine Frage, die performativ geklärt wurde. Damit ist auch die häufig diskutierte Frage berührt, ob die wilden Streiks von 1969 (und davor und danach) nun »spontan« gewesen seien oder nicht. Tatsächlich waren sie hochgradig »organisiert« und »spontan« zugleich, und es scheint sinnvoller, die Frage nach dem Verhältnis beider Elemente in Arbeitskämpfen zu diskutieren, als immerwährend der Chimäre einer einheitlichen, stabilen Interpretation nachzujagen.

Versteht man aber den Streik nicht als Ausdruck einer vorgängigen »Hoesch«-Identität oder des von Intellektuellen angedichteten »Charakters« »der Klasse«, dann wird deutlich, welche Rolle Vorstellungen von Gerechtigkeit, Anerkennung oder Teilhabe in diesem Streik spielten: Sie wurden zugleich »angewendet« und »verhandelt«. Und erst in dieser Verhandlung kommt auch die Frage nach der sozialen und politischen Zusammensetzung der Belegschaft ins Spiel. Rainer Lichte, ein Industriesoziologe mit eigener praktischer Erfahrung als Stahlarbeiter, betonte die weitere Bedeutung dieses Themas, das sich schon wenige Jahre später überraschend leicht als Gegenwartsthema identifizieren ließ:

»Schnell wuchs die Gruppe der Türken, bei Hoesch war sie bereits ab 1971 die größte nationale Gruppierung. Aber alle Ausländer zusammen machten hier höchstens 10% der Belegschaft aus. Erinnern sich deshalb so wenige Zeitzeugen daran, ob es je Schwierigkeiten mit diesen Beschäftigten gab? [...] Aber warum waren die Arbeitsmigranten betriebspolitisch anfangs eher eine unbedeutende Randgruppe? Dazu muss man sich die Arbeitswelt in der Stahlindustrie von vor 50 Jahren einmal vor Augen führen: Die Konjunktur brummte, Arbeitskräfte waren knapp, es wurde noch schwer körperlich unter großen Belastungen aus der Arbeitsumwelt malocht. Zwei Drittel der Arbeiter waren An- und Ungelernte, die i. d. R. erst nach langen Jahren Arbeitsplätze mit besseren Bedingungen ergatterten. Vor allem diesen Arbeitern kamen die ›Gastarbeiter‹ gerade recht. Sie wurden auf die schlechten Arbeitsplätze gesetzt. Es waren junge, kräftige, motivierte Arbeiter. Die machten anfangs den Deutschen die bessere Arbeit nicht streitig. Und sie hatten nur Zeitverträge: wenn es zur Krise kommen sollte, waren sie die Entlassungskandidaten. Über 90% arbeiteten als Un- oder Angelernte vor allem an den Hochöfen, in den Stahl- und Walzwerken, gleichgültig, ob sie in der Türkei einen qualifizierten Beruf erlernt hatten oder nicht« (Lichte 2015).

Auch in den Folgejahren war Einheit immer herzustellen als Einheit unterschiedlicher Beschäftigtengruppen. Noch während der Streikwelle artikulierten sich diese Vielfalt in der Einheit in vorwiegend migrantisch und durch Industriearbeiter*innen geprägten Streiks (wenngleich nicht bei Hoesch). Der Kampf um das »Festgeld« verwandelte sich nach und nach in einen Kampf gegen »Leichtlohngruppen« und gegen die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen von Menschen ohne deutschen Pass. Sieht man die wilden Streiks als »einmaligen« Ausdruck einer bestimmten, festgelegten Identität, dann wird diese Verbindung in der Erinnerung ebenso durchtrennt wie der Faden, der die Aktion bei Hoesch im September 1969 mit der Lehlingsbewegung verbindet.

Erinnerungsakteurin Metallgewerkschaft

Auch in der Art und Weise, wie die Geschichtsschreibung zu Jubiläen der IG Metall die Hoesch-Aktion verhandelt, zeigt sich dieselbe Problematik. Dort wird »Einheit« ebenfalls als gegeben und nicht als herzustellen verstanden. Konflikte in und zwischen Belegschaften und Gewerkschaften sowie Kämpfe über die Deutungshoheit in Bezug auf in Streiks verhandelte Gerechtigkeitsvorstellungen werden ausgespart. Oft werden Arbeitskämpfe lediglich als Bebilderung einer ganz anderen Geschichte gebraucht.

So schildert etwa van der Meulen (1992, S. 81, 83) in einem anspruchsvollen Jubiläumswerk die Durchsetzung eines größeren Einflusses gewerkschaftlicher Apparate auf die staatliche Politik um 1968 – bebildert ausgerechnet mit einem

Foto von einer Demonstration der Hoesch-Arbeiter, zu der selbst keine weiteren Informationen enthalten sind. Anderswo wird auf die Geschichte gleich ganz verzichtet, und die Spuren der Septemberstreiks sind lediglich in der sehr starken Lohnerhöhung markiert, die zwischen Tarifrunden 1968/69 (erwähnt), Septemberstreiks (unerwähnt) und Tarifrunden 1970/71 (erwähnt) registriert wird (z. B. IG Metall 2009, S. 22).

Einige Jubiläumsbände schildern die Septemberstreiks immerhin als Einschnitt, so – textgleich – in mehreren Erinnerungsbüchern der IG Metall:

»Nach Abschluß des Frankfurter Abkommens Anfang August 1969 kam es in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und auch in anderen Tarifgebieten zu Arbeitsniederlegungen und zu erheblichen Unruhen« (Schmitz 1991, S. 433).

Vor diesem kurzen Sprachstück wird geschildert, wie sich die Metallgewerkschaft an den Verhandlungen zur Konzierten Aktion beteiligte und somit »ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung [nach der Krise von 1966]« geleistet habe. Danach wird geschildert, wie man vor der Unruhe gewarnt habe und dass diese selbst ein Hinweis auf eine allgemeine gesellschaftliche Aufbruchsituation gewesen sei, die sich auch in den neuen Jugendbewegungen und den Protesten gegen Notstandsgesetze und an den Universitäten gezeigt habe.

Die Erzählung ist auch in ihrer Chronologie bemerkenswert, denn einerseits verhüllt sie weitgehend die Motive und Absichten sowie insbesondere die Kontroll- und Hierarchiekonflikte hinter den Septemberstreiks, ja, sie geht nicht einmal auf die zentrale Forderung der »linearen« Lohnerhöhungen ein.

Andererseits dreht sie die gewöhnliche Lesart der Aufbrüche von 1968 quasi um, indem sie den September 1969 als Eingangstor nutzt, um textlich sodann zum Mai 1968 voranzuschreiten. Aber auch in dieser Variante bleibt den Streiks die Rolle, die die eingangs erwähnte Streiktonne vor dem Hoesch-Museum hatte: Die Arbeitskämpfe haben keine eigene Geschichte, sondern gehen im allgemeinen Narrativ gesellschaftlicher Fortentwicklung unter. Beide Varianten können auf den geschichtspolitischen Streit in den Gewerkschaften bezogen werden, der seit dem Ereignis von 1968 selbst und vor allem in den 1970er und 1980er Jahren ausgetragen wurde und dieses Ereignis gewissermaßen unter sich begraben hat.

So brachten Historiker der Metallgewerkschaft die Kritik an der Kritik der Gewerkschaftsführung als KP-nahe Position auf den Punkt und warnten vor einer parteipolitischen Instrumentalisierung der Gewerkschaftsgeschichte.

Die Gegenseite, die in der Tat aus einem breiten Spektrum linker (auch gewerkschaftsnaher) Autor*innen bestand, die auch eine Kritik der historischen Gewerkschaftspolitik wagten, maß zugleich aber nicht selten einer »führungslo-

sen« Arbeiter*innenbewegung, wie oben am Beispiel der Texte von Schmidt und dem IMSF gezeigt, wenig eigenes Gewicht bei. Eine Perspektive, die sich nicht allein in den zitierten zeitgenössischen, sondern auch in neueren Texten aus der linken Feder spiegelt: »Das gesellschaftliche Klima«, kann man im Frankfurter Jubiläumstext zu 125 Jahren IG Metall lesen, »änderte sich in diesen Jahren. Im September 1969 korrigierten die Stahlarbeiter mit spontanen Streiks ein überholtes Tarifiergebnis. Der Bezirksleiter Hans Pleitgen delegierte damals einen neuen Bezirkssekretär ins Saarland, um die Dinge wieder ins Lot zu bringen« (IG Metall 2016, S. 28). Mehr ist auch in dieser Variante nicht passiert.

Michael Schneider (2018, S. 24 f., 28) hat die – vor allem nach 1980 erfolgten – Innovationen der gewerkschaftlichen Erinnerungskultur in seinem Beitrag in der Debatte der Kommission »Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie« ausführlich geschildert. Migrationsgeschichte, Oral History, Geschichtswerkstätten – vielfältige Innovationen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten auch in der gewerkschaftlichen Geschichtsschreibung und somit in der Geschichtsschreibung der Gewerkschaften gespiegelt. Dem ist hier kaum etwas Neues hinzuzufügen.

Die Jubiläumspublikationen und medialen Veröffentlichungen der IG Metall haben diese Innovationen zumindest insofern aufgenommen, als sie auch eine Individualisierung und Personalisierung von Geschichtsschreibung enthalten, davon ausgehend, dass die große Geschichte von vielen einzelnen Beschäftigten gemacht wird. Dies hat allerdings nichts daran geändert, dass Arbeitskämpfe, die die IG Metall nicht formal unterstützt hat, auch in der aktuellen gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit nur eine Nebenrolle spielen.

Ausblick

Eine wichtige Aufgabe einer demokratisierten Erinnerungskultur zu wilden Streiks ist, den Bruch zwischen generationellen Erfahrungen zu überbrücken oder überhaupt über die Amnesien hinauszukommen, die sich in der Literatur finden. Dies ist aber ein Vorhaben, das sich im Fall der Septemberstreiks als ausgesprochen schwierig erweist. Schon Mitte der 1970er Jahre begannen die nächsten Stahlkrisen, und jedes Jahr danach verschwanden tausende Arbeitsplätze und nach und nach ein Standort nach dem anderen.

In der Folge ist der Wiedererkennungswert des Bildes von Union oder Westfalenhütte aktuell sehr gering, und das gilt ebenso für die physischen Orte des Geschehens. Auch insofern ist Hoesch, wohl noch stärker als andere Industriebetriebe, heute eher ein Exempel für das Verschwinden der Arbeiter*innenklasse.

Dabei verschwand zunächst das Unternehmen selbst; 1992 wurde es »feindlich« von der Fried. Krupp GmbH übernommen, 2018 besiegelte dann die Fusion der Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp und der Thyssen AG zur »ThyssenKrupp AG« das Schicksal des Stahlstandortes Dortmund.

Auf dem Gelände der früheren Westfalenhütte sind von ehemals rund 17.000 heute lediglich noch 1.350 hoch spezialisierte Stahlarbeiter*innen beschäftigt. In Dortmund an der Eberhardstraße ist ThyssenKrupp nunmehr vor allem Automobilzulieferer. Und auf der anderen Seite der City, am Rande der Nordstadt, schloss 2015 die letzte verbliebene Anlage, ein ebenfalls hoch spezialisiertes Werk für die Herstellung von Spundwänden für den Hafen- und Wasserbau. 350 Beschäftigte, darunter allerdings fast ein Drittel Leiharbeiter*innen, wurden, wie es ein Arbeiter gegenüber der Tageszeitung *Die Welt* ausdrückte, »kurz vor Weihnachten vom Hof gejagt«. Die Zeitung begann ihren Bericht, genreüblich, melancholisch:

»Es sind die Stille und die Kälte, die Stefan Läter irritieren. Bis zum Vortag hat er in der Halle 700 Grad Celsius heißen Stahl gewalzt. Der Lärm schmerzte in den Ohren. Jetzt stehen die mannshohen Walzrollen regungslos da. In einer Ecke glühen Stahlquader aus. Läter ist allein. Er will sich verabschieden. Vor den Walzen hat er zwei Jahrzehnte seines Berufslebens verbracht. »Gestern Abend haben wir den Ofen ausgemacht«, sagt er. »Das war es dann jetzt« (Nagel 2015).

Das »113 Jahre alte Walzwerk« sei, wie die Zeitung etwas martialisch schreibt, als »Verlierer aus dem globalen Stahl-Krieg« hervorgegangen. »Gewinner« und »Verlierer« finden sich also in derselben Stadt – wobei die personell vergleichsweise kleine Zahl der »Gewinner« durch starke Spezialisierung und einen anerkannt hohen Produktionsdruck sowie durch die Etablierung eines Rands von prekärer Beschäftigung rund um die zentralen Arbeitsplätze überlebt. Aber auch auf der Sonnenseite der Stahlindustrie ist die Durchsetzungsfähigkeit der Beschäftigten nicht sehr hoch. Anders als in den 1960er Jahren wird ihr Arbeitsplatz kaum noch als bedeutend für die Entwicklung des Ruhrgebiets oder der Industrie als Ganze wahrgenommen. Tatsächlich entstehen am ehemaligen Hauptsitz der Hoesch AG überwiegend Jobs im notorisch durch Niedriglöhne und miserable Arbeitsbedingungen öffentlich diskutierten Logistikgewerbe.

Der Komplex der früheren Union-AG nahe der Nordstadt, 1966 unter dem Firmennamen Dortmund-Hörder-Hütten AG in die Hoesch AG integriert, ist hingegen nach Schließung des letzten verbliebenen montanindustriellen Werks auf dem Gelände – in der Bezeichnung der Stadtplaner*innen – eine »Keimzelle kreativer Stadtentwicklung« geworden (Völkel 2015). Dort sollen nunmehr auch Wohnungen gebaut werden. Begleitet wird der Umbau insbesondere des Walz-

werks von einem städtisch moderierten Rahmenprogramm: So sollen die Industriegebäude für die »Atmosphäre« des neuen »Union-Viertels« sorgen, wie etwa die stark sanierungsbedürftige »Feldherrnhalle« (ehemals Fa. Himmelreich) an der Emscher, das sogenannte Emscherschlösschen, sowie die alte Walzendreherei (ebd.). Für den Wohnungsbau steht unter anderem die Essener Thelen-Gruppe, die vor allem auf die Konzeption von »Trendvierteln« spezialisiert ist und aus ihrer hohen Renditeerwartung vor Ort keinen Hehl macht.

Die beiden nahe der City gelegenen großen Werkskomplexe sind also entweder als Industriegebiet neu definiert worden (Westfalenhütte) oder im Prozess einer kompletten funktionalen Umwandlung begriffen (Union). – Etwa fünf Kilometer von der Innenstadt entfernt im Stadtteil Hörde wurde zudem der Phönix-See am ehemaligen gleichnamigen Standort der Hoesch AG als geradezu klassisches Projekt einer »new build gentrification« durchgeplant, mit den typischen Auswirkungen: Mietpreissteigerungen in den umliegenden Wohnvierteln, kleinräumige soziale Polarisierung des Quartiers.

Was macht das mit den kollektiven Erinnerungen, besonders an die sozialen Kämpfe, die an den genannten Orten stattgefunden haben? Die Tendenz des Verschwindens ist kaum zu leugnen. Mit dem Erlöschen der »letzten Feuer« verschwinden förmlich auch die Leistungen und Biografien derjenigen, die diese Feuer einst entzündet haben, wie es oben durch den Bericht in der *Welt* illustriert wird. Die postindustrielle Stadt entsteht auf den ersten Blick als »etwas ganz anderes«, und auch die romantisierende Erinnerung an »die Kumpel« angesichts der letzten Zechenschließungen – wie unlängst seitens des Fußballvereins Borussia Dortmund, der historisch selbst stark mit der Westfalenhütte verknüpft war – ändert daran wenig.

Beim zweiten Hinsehen ist aber auch der Einbau der Industriegeschichte zu beobachten, zumindest im Fall der Union, also dort, wo ein neues stadtpolitisches Projekt entstanden ist, welches an die Konventionen der Neubau-Gentrifizierung anschließt. Hier wird Industriearbeit vor allem als atmosphärische Note des Stadtumbaus begriffen. Diese Art des Verschwindens – die man als Re-kupuration bezeichnen könnte – findet sich ähnlich in etlichen anderen Städten, beispielsweise in Hafenstädten wie Marseille (Panier-Quartier mit dem neuen Museumsviertel) oder Hamburg (Hafen-City). Sie ist mit einer sozialen und sozialpolitischen Verwandlung begriffen: Es entstehen als »neu« definierte Stadtteile, vorrangig für Menschen, die sich die entstehenden hohen Mieten leisten können.

Wie lässt sich die aktuelle Situation der Industriebeschäftigten auf diese »Re-kupuration« beziehen? Sie stehen förmlich mit dem Rücken zur Wand. Die Polarisierung zwischen den wenigen noch existierenden Jobs mit existenzsichernden Löhnen, unbefristeter Beschäftigung usw. und den prekarierten Arbeitsver-

hältnissen ist unübersehbar. Es ist ein merkwürdiges Paradox: Die Stadt selbst scheint in ihrem Erneuerungsprozess die Erinnerung an eine vergangene Zukunft, die unter anderem in den wilden Streiks von 1969 konflikthaft repräsentiert war, zu schlucken. Und dies genau in jenem Augenblick, in dem die soziale Polarisierung von Einkommen enorm gewachsen ist.

Was haben die Probleme von Arbeitenden in einem Logistikzentrum mit denen der Hoesch-Beschäftigten von vor 50 Jahren zu tun? Und die Sorgen von Mieter*innen in der Nordstadt, die wachsendem Druck auf dem Immobilienmarkt ausgesetzt sind? Auf den ersten Blick: Nichts! Doch zeigt eine (wie hier) knappe Analyse des Streikverlaufs, dass zumindest Analogien möglich sind. So waren migrantische Arbeiter*innen bei Hoesch Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt, die in ähnlicher Weise als prekär bezeichnet werden können, wie sie es heute für einen großen Teil vor allem der neu eingestellten, jüngeren und in Niedriglohnsektoren beschäftigten Menschen sind. Und in ähnlicher Weise, wie heute manch betrieblicher Interessenvertreter die Existenz solcher Verhältnisse »übersieht«, besonders im Fall von Leiharbeit, hat die Streikforschung die Ausländer*innen (und die Lehrlinge) im Hoesch-Streik »übersehen« bzw. erst zu einem späteren Zeitpunkt als wichtigen Faktor ausmacht.

Auch aus diesem Grund ist die Forderung Bergers und Seifferts, soziale »Relationalität« an historischen Erinnerungsorten zu begreifen, nicht nur allgemein in der kritischen Rekonstruktion von Zeit-Räumen wichtig, sondern besonders auch dann, wenn der Frage nach den Demokratisierungspotenzialen wilder Streiks nachgegangen wird. Festzustellen ist, dass wilde Streiks solche Potenziale nicht »an sich« tragen: Quasi als Unterkategorie kollektiver Aktionen und sozialer Bewegungen teilen auch die Streiks als Aktionsform zunächst ein Moment des politisch Unbestimmten. Oder anders gesagt: Es können sich in ihnen sowohl emanzipatorische als auch anti-emanzipatorische Inhalte und Forderungen entwickeln – und, was es noch schwieriger macht, mitunter in derselben Aktion, zur gleichen Zeit, und in einem mehr oder weniger ausgesprochenen Konflikt.

Klarerweise stellten Arbeitskämpfe gleichwohl betriebliche und gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Frage. Sie sind auch insofern »für sich« nur relational zu begreifen, als ein sich wandelnder Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Gleichzeitig jedoch markieren sie betriebliche Hierarchien auch im viel umfassenderen Sinne – zwischen den Geschlechtern, zwischen Alt und Jung, Arbeitenden unterschiedlicher Staatsangehörigkeit und in unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen (vgl. Kellershohn in diesem Band).

Kaum zu übersehen ist schließlich die erneuernde, voranschreitende Dimension solcher Aktionen: Wilde Streiks konnten Probleme anmelden, deutlich be-

vor die Gewerkschaftsbewegung als solche diese als eigenständig und bedeutend anerkannte: Der Bruch mit der zentralisierten Tarifpolitik, die Bandpausen in der Autoindustrie, die Leichtlohngruppen für Frauen – all das sind Beispiele. In diesem Sinne waren wilde Streiks sicherlich eine Herausforderung für Unternehmer und Management, aber ebenso forderten sie etablierte gewerkschaftliche Politik häufig heraus.

Vielleicht müsste die Geschichte dieser besonderen Form sozialer Kämpfe auf einer neuen Grundlage begriffen werden. Ein Modell könnte der Film »Reprise« von Hervé Le Roux sein, der auf der Grundlage einer von Absolvent*innen der Pariser Filmhochschule eingefangenen Szene aus einem Streik im französischen Mai 1968 das soziale Tableau rekonstruiert hat, das sich dort bot: Die verschiedenen sozialen Rollen, die gespielt wurden, die Streikenden und das Streikende, die Gewerkschafter*innen, Studierenden usw. (»Reprise« 1996). Auch in dieser hervorragenden filmischen Arbeit geht es um die »Wiederaufnahme« eines Erzählfadens, und nicht zuletzt um die Biografien der damals Aktiven »nach dem Streik« und bis heute, um ihre »Klassenreise«, die die Aktion selbst aus ihrer Einmaligkeit heraushebt und in einen im Grunde weiteren historischen Kontext stellt als lediglich in jenen, der sich aus der bekannten äußeren Geschichte der Arbeitsbeziehungen ergibt: Eine »Geschichte der Gegenwart« zu schreiben, auf der Grundlage einer Suche nach den verschwundenen Biografien, und zwar nicht allein derjenigen, die sich während der Aktionen weit hörbar artikulierten, sondern auch derer, die bereits während der Kämpfe selbst eher schwiegen oder auch später verstummten.

Literatur und Quellen

- Berger, Stefan/Seiffert, Joana (2014): Erinnerungsorte – ein Erfolgskonzept auf dem Prüfstand. In: Berger, Stefan/Seiffert, Joana (Hrsg.): Erinnerungsorte: Chancen, Grenzen und Perspektiven eines Erfolgskonzepts in den Kulturwissenschaften. Essen: Klartext, S. 11–36.
- Birke, Peter (2007): Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark. Frankfurt am Main: Campus.
- Birke, Peter (2010): Schweigen, Sprechen und Streiken. Die Medialisierung von Arbeitskämpfen in Westdeutschland und Dänemark von den 1950er bis in die 1970er Jahre. In: Daniel, Ute/Schildt, Axel (Hrsg.): Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts. Köln: Böhlau, S. 277–312.

- Bönnen, Ute (Regie) (2016): Drehbuch zu »Wilde Streiks – Der heiße Herbst 1969«, ZDF, 56 Min.
- Dortmund (2021): Hoesch-Museum. www.dortmund.de/de/freizeit_und_kultur/museum/hoesch_museum/start_hoesch/index.html (Abruf am 28.5.2021).
- Hoesch-Museum (2013): Jahresbericht/Jahrbuch 2011/12. Dortmund.
- Hoesch-Museum (2015): Jahresbericht/Jahrbuch 2014. Dortmund.
- IG Metall (Hrsg.) (2009): Gewerkschaft zwischen Tradition und Moderne. Köln.
- IG Metall, Bezirk Mitte (Hrsg.) (2016): 125 Jahre Metallgewerkschaft. Vorwärts und nicht vergessen. Frankfurt am Main: IG Metall.
- IMSF (Hrsg.) (1969): Die Septemberstreiks. Frankfurt am Main: Institut für Marxistische Studien und Forschungen.
- Kittner, Michael (2005): Arbeitskampf. Geschichte – Recht – Gegenwart. München: C. H. Beck.
- Lauschke, Karl (1999): Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfallenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945–1966. Essen: Klartext.
- Lichte, Rainer (2015): Als Onkel Hasan zu Hoesch kam. <http://onkel-hasan.de/echo-der-vielfalt/als-onkel-hasan-zu-hoeschkam/> (Abruf am 28.6.2021).
- Nagel, Lars-Marten (2015): Hoesch verliert in Dortmund den globalen Stahl-Krieg. In: Die Welt, 23.12.2015. www.welt.de/wirtschaft/article150288115/Hoesch-verliert-inDortmund-den-globalen-Stahl-Krieg.html (Abruf am 28.5.2021).
- Reprise (1996): Un voyage au cœur de la classe ouvrière. Le Roux, Hervé (Reg.). Dokumentarfilm, 192 Minuten.
- Schmidt, Eberhardt (1971): Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schmitz, Kurt Thomas (1991): 100 Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1991. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild, hrsg. v. Vorstand der Industriegewerkschaft Metall. Köln: IG Metall.
- Schneider, Michael (2018): Erinnerungskulturen der Gewerkschaften nach 1945. Arbeitspapier aus der Kommission Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie, Hans-Böckler-Stiftung, www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-007159 (Abruf am 28.5.2021).
- Surkemper, Klaus-Peter (1981): Inoffizielle Streiks, informelle Systeme und betriebliche Gegenmacht. Diss., Hannover.
- Thompson, Edward P. (1971): The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century. In: Past & Present, Band 50, S. 76–136.
- van der Meulen, Lionel (1992): Die Gründung und die Entwicklung der Metallgewerkschaften/IG Metall bis 1968/69. In: Schwarz, Hans Peter/Schmitz,

- Kurt Thomas (Hrsg.): In der Tradition der Moderne. 100 Jahre Metallgewerkschaften. München/Stuttgart, S. 58–83.
- Völkel, Alexander (2017): Rundgang auf HSP-Gelände in Dortmund: 800 Wohnungen, Grüngürtel, Dienstleistungen und Industrie geplant. www.nordstadtblogger.de/rundgang-auf-hsp-gelaende-in-dortmund-800-wohnungen-gruenguertel-dienstleistungen-und-industrie-geplant/ (Abruf am 2.5.2021).